

UNSERE FORDERUNGEN AN DIE LANDESREGIERUNG:

Bundestag und Bundesrat haben in den vergangenen Wochen mehrere Maßnahmenpakete beschlossen, um die Zuwanderung zu begrenzen, die Verfahren zu beschleunigen und Ländern und Kommunen bei der Bewältigung ihrer Aufgaben zu unterstützen. Nun liegt es am Land, die Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern zeitnah und konsequent umzusetzen:

- ▶ Unterscheidung zwischen Flüchtlingen mit und Asylbewerbern ohne Bleibeperspektive bei Erstaufnahme.
- ▶ Keine Überstellung von Asylbewerbern ohne Bleibeperspektive an die Kommunen, sondern Verbleib in der Erstaufnahmestelle bis zum Verfahrensabschluss und anschließende Rückführung ins Heimatland.
- ▶ Ausbau der Unterbringungskapazitäten des Landes, damit Kommunen nicht immer wieder zusätzlich belastet werden.
- ▶ Schluss mit dem Alleinlassen der nordrhein-westfälischen Kommunen durch die Landesregierung.
- ▶ Volle Kostenerstattung für die Kommunen nach bayerischem Vorbild
- ▶ Einführung eines Krisenstabs in der Staatskanzlei
- ▶ Vorausschauende Integrationspolitik: Einführung eines Landesförderprogramms „Frühe Förderung und Integration von Flüchtlingen“.
- ▶ Einführung von Sonderprogrammen „Kita und Schule für Flüchtlingskinder“.

Zudem setzen wir uns dafür ein, dass abgelehnte Asylbewerber nicht wieder in die Bundesrepublik einreisen dürfen.

WAS KANN ICH TUN?

Informationen darüber, wie Sie sich einbringen können, erhalten Sie auf www.cdu-nrw.de oder unserer Facebook-Seite.

#wirschaffendas



Wer bekommt in Deutschland Asyl?

Das Recht auf Asyl ist in Artikel 16 a unseres Grundgesetzes verankert. Wer aus politischen Gründen oder aufgrund seiner Rasse, Religion, Nationalität oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe verfolgt wird, erhält in Deutschland Schutz. Ähnliches gilt für Menschen, die vor Krieg und Gewalt fliehen. Dies sieht Deutschland nicht nur als seine humanitäre Pflicht an, es ist auch durch die Genfer Flüchtlingskonvention und die Europäische Menschenrechtskonvention daran gebunden. Keinen Anspruch auf Schutz oder Zuflucht haben Menschen, die aus allgemeinen Notlagen oder wirtschaftlichen Gründen zu uns kommen.

Gibt es eine Obergrenze von Flüchtlingen, die wir aufnehmen können?

Asyl wird jedem Menschen gewährt, der politisch verfolgt ist. Grundrechte sind prinzipiell unbegrenzt. Aber natürlich muss unsere Gesellschaft in der Lage sein, die damit verbundenen Herausforderungen zu stemmen. Deshalb werden die Anstrengungen auf diejenigen konzentriert, die tatsächlich vor Verfolgung fliehen. Alle anderen müssen schnell in ihre Heimatländer zurückkehren.

Warum dauern die Verfahren so lange?

Die Zahl der Flüchtlinge ist in den letzten Jahren deutlich stärker angestiegen, als man es erwarten konnte. Um die vielen Asylanträge schneller prüfen zu können, wurde die Zahl der Mitarbeiter des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge bereits von 2.800 auf 3.300 erhöht, sie soll zeitnah auf 6.300 weiter steigen. Die neuen Mitarbeiter müssen zunächst eingearbeitet werden. Durch vereinfachte Regelungen und die Ausweisung weiterer sicherer Herkunftsländer werden die Verfahren zusätzlich beschleunigt.

Welche Leistungen erhalten Flüchtlinge?

Asylbewerber erhalten, was sie für das tägliche Leben brauchen sowie ein Taschengeld für persönliche Bedürfnisse im Alltag. Die Leistungen orientieren sich am Existenzminimum, ihre Höhe hat das Bundesverfassungsgericht festgelegt. In Zukunft werden Asylbewerber in den Erstaufnahmeeinrichtungen überwiegend Sach- anstelle von Geldleistungen erhalten. Damit sollen die Anreize für unberechtigte Asylanträge reduziert werden.

Wie werden die Kosten für die Flüchtlingshilfe finanziert?

Durch die hohe Zahl an Flüchtlingen sind die Kosten insbesondere für die Kommunen enorm gestiegen. Die Bundesregierung wird die Länder und Kommunen substanziell pro Flüchtling monatlich unterstützen. Zudem werden zusätzliche Mittel für Integrationsarbeit bereitgestellt. Durch seine solide Haushaltsführung kann der Bundesfinanzminister diese Mittel bereitstellen, ohne dass neue Schulden aufgenommen oder Steuern erhöht werden müssen. Wichtig ist nun, dass die Landesregierung diese Mittel komplett an die Kommunen weiter gibt, um diese zu entlasten.

Warum wollen die meisten Flüchtlinge nach Deutschland?

Deutschland, Österreich und Schweden sind die Hauptzielländer. Sie bieten politische und wirtschaftliche Stabilität und gute Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt. Deshalb sind sie besonders attraktiv. Klar ist aber, dass sie nicht allein die

Hauptlast schultern können. Auch in dieser Krise brauchen wir europäische Solidarität. Die Bundesregierung ist dazu mit den europäischen Partnern in Verhandlungen. Außerdem müssen die EU-Außengrenzen besser gesichert werden. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass ärmere Länder wie die Türkei, Jordanien und der Libanon, deutlich mehr Flüchtlinge aufnehmen als wir.

Wie können wir Flüchtlinge, die längerfristig bei uns bleiben, integrieren?

Diejenigen, die auf absehbare Zeit bei uns bleiben, müssen schnell integriert werden. Deshalb ist es wichtig, dass sie schnell Deutsch lernen und einen einfachen Zugang zum Arbeitsmarkt oder zu Bildung erhalten. Bestehende rechtliche Hürden werden konsequent abgebaut.

Müssen wir Angst vor Überfremdung haben?

Nein! Die hohe Zahl der zu uns kommenden Menschen wird unser Land ein Stück weit verändern. Eines ist jedoch klar: Unsere Werte und Grundordnung stehen nicht zur Disposition. Wer in unserem Land leben will, muss sie anerkennen. Durch gute Integrationsarbeit wollen wir den Menschen unsere Werte und Regeln nahe bringen und sie in unsere Gesellschaft aufnehmen. Das Entstehen von Parallelgesellschaften lassen wir nicht zu.

Nimmt die Kriminalität durch steigende Flüchtlingszahlen zu?

Den Polizeistatistiken zufolge gibt es keine Hinweise darauf, dass durch die Kriminalitätsrate durch die zu uns geflüchteten Menschen steigt. Dennoch: Räumliche Enge, Perspektivlosigkeit und Langeweile in den Aufnahmeeinrichtungen sind Faktoren, die regelwidriges Verhalten fördern können. Gleichzeitig kam es im Umfeld von Flüchtlingsheimen immer wieder zu fremdenfeindlichen Übergriffen. Gegen beides gehen unsere Sicherheitsbehörden entschieden vor.

Was wird getan, um die Fluchtursachen zu bekämpfen?

Die Maßnahmen zur Bekämpfung der Fluchtursachen müssen verstärkt werden. Bund und Länder haben sich darauf geeinigt, die Mittel zur Unterstützung der Versorgung in Flüchtlingslagern in den Krisenregionen aufzustocken. Außerdem wird die Bundeskanzlerin die diplomatischen Kanäle zur Stabilisierung der Lage in den Krisengebieten ausweiten. Ziel ist es, den Menschen eine Perspektive in ihren Heimatregionen zu bieten.

Was erwarten wir von Flüchtlingen?

Jeder Mensch, der in Deutschland lebt, muss sich an die Gesetze dieses Landes halten und seine Werte respektieren. In der Genfer Flüchtlingskonvention heißt es dazu: „Jeder Flüchtling hat gegenüber dem Land, in dem er sich befindet, Pflichten, zu denen insbesondere der Verpflichtung gehört, die Gesetze und sonstigen Rechtsvorschriften sowie die zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung getroffenen Maßnahmen zu beachten.“ Genau das erwarten wir auch – wie von jedem anderen, der in Deutschland lebt. Jeder Einzelne kann dazu beitragen, dass unsere Gesellschaft die Herausforderungen der Flüchtlingskrise bewältigen kann. Wichtig ist, dass die Willkommenskultur erhalten bleibt. Durch umfassende Informationen und klare Argumente können die Sorgen vieler Menschen gemindert werden. Durch ehrenamtliches Engagement oder Unterstützung der Wohlfahrtsverbände wird die Integration der Flüchtlinge in die Gesellschaft erleichtert.